

Belgien

Matthias Chardon

Seit Amtsantritt der belgischen Regierung Ende 2011 steht die Umsetzung der in Grundzügen während der Regierungsbildung vereinbarten Staatsreform auf der Agenda. Einmal mehr dominieren Fragen der Machtverteilung zwischen Flandern, Wallonien und Brüssel. Das liegt auch daran, dass die stärkste politische Kraft Flanderns, die N-VA, nicht an der föderalen Regierung beteiligt ist und sich durch entsprechendes oppositionelles Verhalten eine gute Ausgangslage für die Föderalwahlen 2014 verschaffen möchte. Die institutionelle Krise Belgiens sorgt dafür, dass die Regierung die durch das Europäische Semester und den Stabilitäts-pakt verlangten wirtschaftlichen Reformen nur langsam bzw. gar nicht umsetzt. Zuletzt hat die Europäische Union in deutlicher Form konkret von Belgien gefordert, sein Defizit zu verringern und die öffentlichen Schulden abzubauen. Die Finanzkrise Europas wird in der Öffentlichkeit und zwischen den belgischen Parteien stark diskutiert. Wie sich Deutschland als größtes und wirtschaftlich erfolgreiches Land dabei verhalten soll, ist durchaus umstritten.

Vorerst gelöst – eine weitere Staatsreform Belgiens

Mit der Regierungsbildung Ende 2011 auf föderaler Ebene war die Einigung auf Grundzüge einer weiteren Staatsreform verknüpft, die hauptsächlich versucht, das Verhältnis der beiden großen Sprachgruppen des Landes neu zu ordnen. 2012 war davon geprägt, einen ersten Teil der vereinbarten Reformen zu konkretisieren bzw. umzusetzen. Die verschiedenen Gesetzesinitiativen lassen sich in fünf inhaltliche Bereiche zusammenfassen:¹

- Teilung des Wahlkreises Brüssel – Halle – Vilvoorde
- Reform des Gerichtsbezirks Brüssel
- Verwaltung der Kommunen in der Brüsseler Peripherie
- Schaffung einer Metropolgemeinschaft Brüssel und die Finanzierung der Brüsseler Institutionen
- Stärkung der Demokratie und der politischen Verantwortlichkeit

Andere wesentliche Punkte, etwa der Umbau des belgischen Senats zu einer Kammer der Regionen und Gemeinschaften, aber auch der weitere Transfer von Kompetenzen auf die Regional- und Gemeinschaftsebene, sollten im Lauf des Jahres 2013 angegangen werden; schließlich finden die nächsten Wahlen auf föderaler Ebene bereits im Frühjahr 2014 statt, und bis dahin sollte die Reform abgeschlossen sein.

Im ersten Teil der Staatsreform beinhalten die Reformen für Brüssel auch eine europäische Komponente, denn es geht unter anderem um die Finanzierung der internationalen Aufgaben, die Brüssel als europäische Hauptstadt wahrnimmt. Nicht nur die gestiegene Zahl der Ratstagungen und Gipfeltreffen, auch die allgemeinen Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen für die EU und die NATO verlangen nach mehr Personal und Geld, das Brüssel nicht hat. Die Reform sieht nun vor, dass Brüssel dauerhaft mehr Geld für diese Aufgaben erhält.

1 Vgl. Bettina Petersohn: Sechste Staatsreform: Ausbalancieren des Gemeinschaftskonflikts nach belgischer Tradition, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2013, Baden-Baden 2013, S. 301-314.

Vorerst ungelöst – die EU fordert konkrete wirtschaftliche Maßnahmen im Rahmen des Stabilitätspakts und des Europäischen Semesters

Ohne Zweifel haben die Ereignisse seit der letzten Föderalwahl im Jahr 2010 verhindert, dass die belgische Politik mit ganzer Kraft die wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen, vor denen das Land steht, angehen konnte. Die Regierungsbildung, die 540 Tage dauerte, sowie die Staatsreform beanspruchten enorm viel Zeit und Kraft. Gleichwohl kämpft Belgien bereits seit Jahren gegen ein großes Haushaltsdefizit und schiebt Reformen vor sich her, die notwendig sein dürften, um die Wettbewerbsfähigkeit Belgiens zu stärken und die Ziele der Europa 2020-Strategie zu erreichen.

Kurz nach ihrem Amtsantritt legte die Regierung di Rupo Anfang 2012 ein Sparprogramm vor, das allerdings nicht den Ansprüchen der Europäischen Kommission und des Rates genüge. Die länderspezifischen Empfehlungen, die im Mai 2013 veröffentlicht wurden, bestätigen, dass die neue Regierung derzeit nicht willens oder in der Lage ist, den vorgezeichneten Weg zu beschreiten, denn sie enthalten weitgehend die Empfehlungen des Vorjahres. Zudem entging Belgien nur knapp einer Sanktion im Rahmen des Verfahrens des Stabilitätspakts, da es nicht in der Lage ist, sein übermäßiges Haushaltsdefizit in vereinbarter Größe zurückzuführen. Der Rat erließ einen Beschluss, in dem er feststellt, dass Belgien keine wirksamen Maßnahmen zur Verringerung seines Defizits ergriffen hat.² In einem weiteren Beschluss³ verpflichtet der Rat Belgien dazu, das derzeit bestehende übermäßige Defizit bis 2013 zu beenden bzw. auf 2,7% des BIP zu begrenzen. Hierzu wird Belgien regelmäßig Bericht erstatten müssen, insbesondere auch mit Blick auf strukturelle Maßnahmen, die auch Gegenstand der länderspezifischen Maßnahmen im Europäischen Semester sind.

Wie bereits erwähnt wiederholt der Rat seine Empfehlungen für Belgien,⁴ verleiht diesen aber nunmehr eine höhere Dringlichkeit und macht deutlich, dass Belgien vor großen Aufgaben steht. Zwar billigt der Rat Belgien zu, bestimmte Maßnahmen ergriffen zu haben, macht jedoch auch deutlich, dass diese Schritte nicht genügen, die angestrebten Ziele in der Europa 2020-Strategie zu erreichen. Im Einzelnen geht es um sieben Empfehlungen:

- Dauerhafte Rückführung des übermäßigen Haushaltsdefizits auf unter 3% des BIP und Abbau der belgischen Staatsschulden;
- Schließung der Lücke zwischen dem tatsächlichen und dem gesetzlichen Renteneintrittsalter; rasches Auslaufen von Vorruhestandsregelungen; Reform der Alterssicherungssysteme;
- Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine Reform des Lohnfindungssystems einschließlich der Lohnindexierung;
- Stärkung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor durch Beseitigung von Hemmnissen im Einzelhandel und von übermäßigen Beschränkungen in freien Berufen; Verbesserung des Breitbandangebots; Verbesserung des Funktionierens des Energiesektors; Stärkung der Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden im Energie-, Telekommunikations- und im Verkehrssektor; Aufhebung verbliebener regulatorischer Beschränkungen im Postsektor;

2 Beschluss des Rates vom 21. Juni 2013 zur Feststellung, dass Belgien auf die Empfehlung vom 2. Dezember 2009 nicht mit wirksamen Maßnahmen reagiert hat. ABL. L/2013/190/ 84.

3 Beschluss des Rates vom 21. Juni 2013 zur Inverzugsetzung Belgiens mit der Maßgabe, die für den zur Sanierung erforderlichen Defizitabbau als notwendig erachteten Maßnahmen zu treffen. ABL. L/2013/190/ 87.

4 Empfehlung des Rates vom 9. Juli 2013 zum nationalen Reformprogramm Belgiens 2013 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Belgiens für die Jahre 2012 bis 2016. ABL. C/2013/217/ 5.

- Konkrete Vorschläge nebst Zeitplan für eine Verlagerung der Steuerlast vom Faktor Arbeit hin zu Steuern, die sich weniger verzerrend auf das Wachstum auswirken (z.B. Umweltsteuern); Vereinfachung des Steuersystems;
- Verringerung negativer Arbeitsanreize: wirksame Durchsetzung von Auflagen bei der Arbeitssuche und individuelle Unterstützung von Arbeitslosen bei der Arbeitssuche; Förderung der interregionalen Mobilität von Arbeitskräften; Maßnahmen in den Bereichen Bildung, lebenslanges Lernen und berufliche Bildung, nicht zuletzt für ältere Arbeitnehmer; Strategien für die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund;
- Schaffung einer klaren Aufgabenteilung zwischen den föderalen und den Regionalbehörden sowie Maßnahmen zur Gewährleistung der Ziele für eine Verringerung der Treibhausgasemissionen, vor allem in den Bereichen Verkehr und Gebäude.

Vorerst uneinig – belgische Stimmen zur Rolle Deutschlands in der EU

Wie alle anderen Mitgliedstaaten der EU, diskutiert auch Belgien über die Angemessenheit der schmerzhaften Einschnitte in den europäischen Krisenstaaten, die seitens der EU, des IWF und – so eine weit verbreitete Sicht der Dinge – vor allem Deutschlands verlangt wird, um im Gegenzug diesen Ländern finanziell zu helfen. Letztlich geht es dabei um die Frage, inwieweit eine klassische Austeritätspolitik, als deren Protagonistin Bundeskanzlerin Merkel gesehen wird, den Problemen der Krisenstaaten gerecht wird oder ob nicht unangemessen harte Sparvorgaben eine Gesundung der Staaten eher verhindern und die Menschen in das soziale Elend stürzen.

Von wirtschaftswissenschaftlicher Seite wird unter anderem von Professor Paul De Grauwe starke Kritik an Deutschland und dessen Rolle in der Krise geübt. De Grauwe ist Professor für Internationale Wirtschaft an der Katholischen Universität Leuven und an der London School of Economics und in Belgien einer der bekanntesten Ökonomen. In einem Interview in der Zeitung „De Standaard“ vom 4. Mai 2013 verurteilt er die bisherige Politik sehr stark.⁵ Er spricht sich gegen eine zu strenge Sparpolitik aus und verlangt von Deutschland, mehr für die angeschlagenen Länder zu tun. Seiner Meinung nach ist die Sparpolitik gefährlich und führt zu einer wirtschaftlichen Rezession, die soziale und politische Unruhe mit sich bringt. Um den Krisenländern wirklich zu helfen, so seine Meinung, sind Aktivitäten vor allem auf der Nachfrageseite notwendig – in den südlichen Euroländern selbst, aber auch in allen anderen. Auf die Frage, was Deutschland in der Krise tun muss, sagt er: „Angesichts der Tatsache, dass Deutschland der wirtschaftliche Motor ist, muss es für mehr Stimulus sorgen.“ Konkret bedeutet das Maßnahmen zur Ankurbelung des Binnenkonsums. Wenn in Deutschland mehr konsumiert werde, könne sich dies positiv auf die Industrien der Krisenstaaten auswirken. Vor allem aber wirft De Grauwe den Deutschen vor, nicht ganz ehrlich zu sich selbst zu sein. Es sei keinesfalls so, dass Deutschland unschuldig geblieben sei und alle anderen Länder schwere Sünder gewesen seien. Denn es seien vor allem die deutschen Banken gewesen, die den „Sündern in den südlichen Euroländern“ das Geld geliehen hätten. Und gerade deswegen trage auch Deutschland seinen Teil Schuld an der jetzigen Situation.

5 De Standaard, 04.05.2013: Het grote besparingsdebat: De Grauwe versus Europa. Übersetzung der Zitate durch den Autor.

Eine abwägende Sicht der Dinge nimmt Bart Sturtewagen ein.⁶ Er ist Chefredakteur des Meinungsteils der größten flämischen Tageszeitung *De Standaard*. Er erinnert an die Absicht, die ursprünglich mit der Währungsunion verbunden war, nämlich die feste Einbindung Deutschlands in die EU nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Zudem sei allgemein vergessen, so Sturtewagen, dass Deutschland noch vor zehn Jahren als der kranke Mann Europas gegolten habe. Die Kosten der Wiedervereinigung seien extrem hoch, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sei schwach und der Umtauschkurs für den neuen Euro sei zu hoch gewesen. Erst durch diese Krise habe Deutschland durch harte Reformschritte und beliebte Produkte seiner Industrien zu jetziger Stärke gefunden. Und durch diese Stärke habe Deutschland als sicherer Hafen für Kapital gegolten. Sturtewagen erinnert die Deutschen daran, dass sie zwar viele Milliarden in „europäische Löcher ohne Boden“ geworfen hätten, aber dass gleichzeitig gigantische Kapitalsummen nun schon seit Jahren praktisch kostenlos zur Befehung der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt würden. Und – auch das betont Sturtewagen – durch die ökonomische Stärke Deutschlands und die gleichzeitige Schwäche Frankreichs werde der deutsche Einfluss in Europa noch größer, das deutsch-französische Tandem funktioniere nicht mehr. Die Folge sei ein größer werdendes Ressentiment gegen die „deutsche Allmacht in Europa“.

Eine ganz eigene Sichtweise nimmt Bart de Wever ein, der Bürgermeister von Antwerpen und unbestrittene Führungsfigur der N-VA, die sich für ein unabhängiges Flandern einsetzt und derzeit stärkste politische Kraft in Flandern ist. In einer Rede in Heidelberg im Juli 2012 zeigte er viel Verständnis für diejenigen deutschen Stimmen, die die Solidarität mit den Krisenstaaten begrenzen bzw. an klare Bedingungen knüpfen wollen.⁷ Er bekräftigt, dass Deutschland bereits viele Lasten trage; es könne nicht sein, dass die anderen europäischen Staaten die moralische Karte zögen und von Deutschland verlangten, ohne Gegenforderungen solidarisch zu sein. Zur Solidarität gehöre, ehrlich zu sich selbst zu sein und Anstrengungen zu unternehmen, um die eigene Lage zu verbessern. Damit bestätigt er die wirtschaftspolitische Ausrichtung der N-VA und auch die Haltung seiner Partei im flämisch-wallonischen Streit. Er verknüpft in seiner Rede nämlich die Situation Deutschlands in der Europäischen Union mit seiner Sicht der Situation Flanderns in Belgien, er sagt: „Wenn man mich zu Hause fragt, warum sich Deutschland so schwer tut in Europa, dann antworte ich stets dasselbe: Weil Deutschland keine Lust hat, das Flandern Europas zu werden. Jeder Flame versteht das sofort. Heute bringe ich die umgekehrte Botschaft, in der Hoffnung, dass Sie die flämische Frage besser verstehen. Warum will Flandern mehr Autonomie? Weil es genug davon hat, die Deutschen Belgiens zu sein.“

Weiterführende Literatur

Paul De Grauwe/Yuemei Ji: The Legacy of Austerity in the Eurozone, CEPS Commentary, 4 October 2013, <http://www.ceps.be/ceps/dld/8472/pdf>.

Kris Deschouwer/Min Reuchamps: The Belgian Federation at a Crossroad. *Regional & Federal Studies*, Nr. 3/2013, S. 261-270.

Bettina Petersohn: Sechste Staatsreform: Ausbalancieren des Gemeinschaftskonflikts nach belgischer Tradition, in: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2013*, Baden-Baden 2013, S. 301-314.

6 De Standaard, 29.03.2013: Op het eind winnen de Duitsers.

7 Bart De Wever: Toespraak an de universiteit van Heidelberg, 28. Juli 2012, <http://www.n-va.be/toespraken/toespraak-aan-de-universiteit-van-heidelberg>.